

SPD-Bundestagsabgeordnete, stimmt mit „Nein“ zum Lissabon-Vertrag!

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) lehnt den Lissabon-Vertrag ab und fordert die Bundestagsabgeordneten der SPD auf, diesem Vertrag im Bundestag nicht zu zustimmen.

Begründung:

Der Lissabon-Vertrag übernimmt bis auf wenige Ausnahmen im Wesentlichen den ursprünglichen „Verfassungs-“Entwurf, der an dem Nein des französischen, wie des holländischen Volks gescheitert war. Dieser Vertrag schreibt die antisoziale und antidemokratische Politik des Maastrichter Vertrages und des Stabilitätspaktes, sowie der EU-Richtlinien, fest. Die supranationalen Institutionen werden durch den Vertrag gestärkt und gegenüber dem „Verfassungs-“ Entwurf noch verschärft. Die Tatsache, dass die Union zukünftig Rechtspersönlichkeit besitzt, gibt ihr im Klartext die Befugnis, internationale Verträge über die Köpfe der Nationalstaaten hinweg abzuschließen.

Der Lissabon-Vertrag übernimmt den Artikel über den Binnenmarkt, in dessen Namen alle EU-Richtlinien für die Privatisierung der Öffentlichen Dienste (Bahn, wie auch der Post, Telekommunikation, Strom, Gas) erlassen und in allen europäischen Ländern umgesetzt werden. Die Verpflichtung auf den „unverfälschten Wettbewerb“ stellt insgesamt die Öffentliche Daseinsvorsorge, den einheitlichen Sozialstaat, den einheitlichen „demokratischen und sozialen Rechts- und Bundesstaat“ in Frage. Der Artikel über das Verbot staatlicher Beihilfen untersagt alle Subventionen für Öffentliche Dienste oder Betriebe und verbietet jede (Wieder-) Verstaatlichung kommunaler Betriebe, wie der Entsorgung, wofür sich Kommunen nach den Erfahrungen mit der Privatisierung entscheiden.

Neben der noch verschärften Verpflichtung auf die Haushaltskonsolidierungspolitik, in deren Namen alle Regierungen zu einer grausamen Sparpolitik gezwungen werden, wird mit dem geänderten Artikel 87 im neuen Vertrag der Regierung die Möglichkeit gegeben, fünf Jahre nach Inkrafttreten des Vertrags die „staatlichen Beihilfen“ im Rahmen des „Solidarpakts“ für die ostdeutschen Länder und Berlin einzustellen. Das wird die Haushalte dieser Länder noch mehr ausbluten und den sozialen Kahlschlag verschärfen. In den Artikeln zur Beschäftigungspolitik wird die Offensive der EU-Kommission zur Deregulierung des Arbeitsrechts und der Tarifverträge weiter fortgesetzt.

„Die Zuständigkeit der Union in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erstreckt sich auf alle Bereiche der Außenpolitik...“
D.h., wäre der Vertrag bei Beginn des Irak-Kriegs schon in Kraft gewesen, hätte es keine alleinige souveräne Entscheidung des deutschen Volkes und seiner SPD - geführten Regierung für ein Nein zu diesem Feldzug von Bush geben können! Außerdem wird von den Mitgliedstaaten eine weitere militärische Aufrüstung verlangt, was mit weiterem sozialem Abbau bezahlt werden muss.

Der Lissabon-Vertrag hebelt mit der Festschreibung des Vorrangs des EU-Rechts die nationalen Verfassungen wie das deutsche Grundgesetz aus und negiert damit die Souveränität der Völker und Nationen.